

TRANSATLANTISCHE IRRITATIONEN

Die transatlantischen Beziehungen stecken in der Krise. Muss Europa das Verhältnis zu den USA überdenken? Steht die transatlantische Wertegemeinschaft vor dem Ende? Einschätzungen von fünf Experten. Von David Werner

«Die Entwicklung im internationalen Recht», sagt der Zürcher Völkerrechts-Professor Daniel Thürer, «hat seit Jahren eine eindeutige Richtung: weg vom Souveränitätsgedanken, hin zum Multilateralismus.» Thürer findet das Tempo dieses Wandels «faszinierend». Und nun die Alleingänge der Bush-Regierung: War die Hoffnung auf eine rechtlich fundierte Weltordnung vielleicht doch verfrüht? Thürer winkt ab. Desillusioniert ist er nicht; bloss enttäuscht über die Kurzsichtigkeit der gegenwärtigen US-Administration. Er habe an internationalen Konferenzen mehrfach persönlich miterlebt, wie die amerikanischen Delegationen versuchten, multilaterale Vertragswerke zu blockieren. Damit hätten sie sich jedoch nur selbst isoliert. «Von seinen grobschlächtigen hegemonialen Allüren wird Amerika aus eigenem Interesse wohl bald wieder wegkommen», prophezeit er. «Die USA werden sich wieder auf ihre wahren Stärken besinnen. Und die bestehen

Amerikanische Politik sei immer auch vom Gedanken des «rule of law» – Recht statt Macht – begleitet gewesen. Nicht zufällig seien es die USA, die das heutige multilaterale Institutionensystem ins Leben gerufen hätten. Thürer vertraut darauf, dass sich die liberale, kosmopolitische Traditionslinie der amerikanischen Politik bald wieder durchsetzt. Einer unipolaren Ordnung, einer «pax americana» kann der Völkerrechtler nichts abgewinnen: «Eine Weltordnung ist eine Ordnung des Dialoges, und das bedeutet, dass alle auf der gleichen Ebene partizipieren, und nicht, dass der eine instruiert und der andere folgen muss.»

KEINE MACHT OHNE RECHT

Dem wird so schnell niemand widersprechen wollen – auf normativer Ebene. Doch wie sieht die Realität aus? Ist nicht deutlich genug geworden, dass die Völkergemeinschaft sich der militärischen Supermacht beugen muss, solange

«Ich bin nicht sicher, ob es den Europäern unter der Vorherrschaft der USA weiterhin gut gehen wird.» Albert Stahel, Strategieexperte

nicht in erster Linie in der Machtdemonstration, sondern viel eher in der Fähigkeit zur gewaltlosen Einflussnahme sowie in der Überzeugungskraft ihres way of life: Soft power, wie es der Harvard-Politologe Joseph Nye nennt.»

Thürer steht dem Gedanken skeptisch gegenüber, eine europäische Identität als Antithese zu den USA aufzubauen, wie es Jacques Derrida und Jürgen Habermas vorgeschlagen haben. Er hält noch immer viel von Amerika und denkt dabei vor allem an die gesellschaftliche Dynamik der USA und an ihre politischen Traditionen, die mit jenen der Schweiz in mancherlei Hinsicht mehr gemeinsam hätten als mit jenen der übrigen europäischen Demokratien.

diese sich stark genug für Alleingänge fühlt? Dass Europa gar nicht in der Lage ist, auf gleicher Augenhöhe mit den USA einen «Dialog» zu führen? Der prominente Vordenker des amerikanischen Neokonservatismus, Robert Kagan, ist überzeugt, dass die USA in ihrem Kampf gegen den Terrorismus von der Verpflichtung auf internationales Recht entbunden werden müssten. In seiner vieldiskutierten Streitschrift «Of Paradise and Power» hinterfragt er die kriegsfeindlichen Neigungen Europas: Der Wunsch nach einem institutionell und juristisch garantierten Weltfrieden sei parasitär, weil die europäische Sicherheit noch immer durch amerikanische Waffengewalt garantiert

sei, meint Kagan. Europa – eine von den USA bewachte und verteidigte Schwatzbude? Georg Kohler, Zürcher Ordinarius für politische Philosophie und wie Thürer ein Verfechter einer rechtlich fundierten Weltordnung, ja sogar einer Weltföderation, kann diese Sicht der Dinge nur sehr begrenzt gutheissen. Richtig sei, dass die Europäer sich zu wenig um ihre eigene Sicherheit kümmern. Sehr gegen den Strich geht ihm jedoch Kagans Vorstellung, globale Ordnung lasse sich nur durch unilaterale Gewaltanwendung herstellen: «Niemand bestreitet, dass internationales Recht eine Sanktionsgewalt braucht, die es deckt. Doch wenn die USA Gewalt ohne rechtliche Deckung ausüben, unterwandern sie längerfristig ihre eigenen Handlungsgrundlagen. Ohne Recht, auf das sich Sanktionsgewalt bezieht, ist diese nicht mehr, was sie zu sein beansprucht; im Gegenteil, sie wird selber zu dem, was sie aufheben möchte: zur nackten Gewalt. Recht braucht Macht, Macht braucht Recht.»

Der gegenwärtige militärische Aktivismus der USA, findet Kohler, laufe völlig in die Irre. «Einsicht Nummer eins nach dem 11. September ist doch die Verletzbarkeit der Starken, der ganzen westlichen Zivilisation; der Terror hat auf die Asymmetrie der weltweiten Machtverteilung mit der Symmetrisierung der Verwundbarkeit geantwortet. In dieser Situation kann Sicherheit gar nicht mehr anders als multilateral gewährleistet werden.» Den hochgerüsteten Amerikanern falle es begreiflicherweise schwer einzusehen, dass ihnen die eigenen Waffen keine Sicherheit mehr garantierten. «Trotzdem», glaubt Kohler, «werden die USA aus pragmatischen Gründen zur Vernunft finden.»

EUROPÄER ALS MÜNDEL

Strategieexperte Albert Stahel erkennt in der gegenwärtigen weltpolitischen Entwicklung weniger die Vernunft globaler Ordnungen. Er sieht eher Machtinteressen. Von diesen hätten sich die USA von jeher, nicht erst unter der Bush-Administration, leiten lassen; als Beleg

zählt Stahel gleich ein halbes Dutzend seiner Beurteilung nach höchst eigennützig und rücksichtslos geführter amerikanischer Militärinterventionen auf. Der Irak-Krieg beispielsweise stehe in der Kontinuität amerikanischer Machtpolitik im mittleren Osten seit 1945. Desillusioniert von der aktuellen Weltlage könne eigentlich nur sein, wer in den USA bisher eine philanthropische Nation gesehen habe, die zum Wohle der Menschheit Geschenke verteilt. Dass die Europäer sich unter dem amerikanischen Schutzschirm in der besten aller möglichen Welten eingerichtet hätten, steht für Stahel keineswegs fest. «Einem Mündel, der unter einem Vormund steht, geht es vielleicht eine Weile gut, bis dann der Vormund den Mündel ausnützt», sagt Stahel. «Wir rutschen bereits in diese Situation. Die USA wollen die Europäer als Aufräumkolonne, die ihnen die Kohlen aus dem Feuer holt. Ich bin nicht sicher, ob es den Europäern unter der Vorherrschaft der USA weiterhin gut gehen wird.»

Europa, findet Stahel, müsse militärisch und aussenpolitisch gewichtiger werden, um eine eigene Interessenpolitik verfolgen zu können. Er hat allerdings Zweifel, ob dieser Schritt je vollzogen wird. Die Briten seien gegen eine solche Entwicklung und die USA sowieso. «Amerika wünscht sich einen Club der Willigen und fördert deshalb die babylonische

«Anti-Amerikanismus ist vor allem Ausdruck von Problemen, die wir mit uns selbst haben.» Urs Bitterli, Historiker

Überdehnung der EU. Ich bin überzeugt, dass nur ein «karolingisches» Kerneuropa, bestehend aus EG-Gründungsstaaten, geschlossen und dynamisch genug wäre, um zum globalen Machtfaktor zu werden, der den USA Widerstand leisten könnte.»

USA VERDIENEN DANKBARKEIT

In ganz anderen Kategorien denkt Urs Bitterli, emeritierter Geschichtspräsident mit Spezialbereich Überseegebiete. Seine Haltung gegenüber den USA ist primär von Dankbarkeit bestimmt. Dankbarkeit dafür, dass die Amerikaner nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa für die Demokratie eingetreten sind und die

Ausbreitung des Kommunismus verhindert haben. Mit grossen Bedenken verfolgte er das Aufwallen anti-amerikanischer Emotionen während des Irakkrieges. «Wir stehen in der Schuld Amerikas und sollten uns bewusst sein, dass Anti-Amerikanismus vor allem Ausdruck von Problemen ist, die wir mit uns selbst haben», sagt Bitterli. Er wirbt um Verständnis für das selbstbewusste, gelegentlich arrogant wirkende Auftreten der Amerikaner. Die Devise «Uns kann niemand dreinreden» sei seit dem Unabhängigkeitskrieg tief in der amerikanischen Seele verankert.

Allerdings, räumt Bitterli ein, berge dieses ungebrochene Selbstbewusstsein angesichts des Machtzuwachses der USA seit 1989 auch Gefahren. Denn manchmal verändere sich der Charakter eines Landes mit seiner zunehmenden Machtfülle. «Es ist eine geschichtliche Regel, dass Macht korrumpiert», sagt Bitterli. «Je mehr Macht einer hat, desto mehr kommt sein ethisches Bewusstsein unter Druck. Bei aller Dankbarkeit habe ich die Sorge, dass das Verantwortungsbewusstsein der Amerikaner ihrer Macht eines Tages nicht mehr gewachsen sein könnte.» Deshalb hofft Bitterli auf eine weltweit sich einpendelnde Machtverteilung, ein System von Checks and Balances. Das sei noch immer die beste Garantie gegen Machtmissbrauch. Auch Europa solle

sein Gewicht in die Waagschale werfen – als Partner Amerikas, nicht als sein Gegner.

Sehr gelassen sieht Politologie-Professor Dieter Ruloff den gegenwärtigen Stand der transatlantischen Beziehungen. Amerikanische Hegemonie? Die gibt es in der westlichen Hemisphäre seit dem Zweiten Weltkrieg. Eine unipolare Weltordnung? Seit 1989 eine Tatsache. Unilaterale Abenteuer? Auch nichts Neues. Schon früher habe es amerikanische Alleingänge gegeben, und schon oft hätten sich US-Regierungen internationalen Rechtsabkommen entzogen. Gewiss, der Irakkrieg sei eine Dummheit gewesen. Zu einem eigentlichen Kontinuitätsbruch im westlichen Bündnis

werde es deswegen aber nicht kommen. Zu sehr sei man dies- und jenseits des Atlantiks aufeinander angewiesen.

«Die entwickelten Demokratien» sagt Ruloff, «sind weltweit zur Kooperation verdammt.» Die Marktverflechtungen seien so dicht, dass jedes Land in Mitleidenschaft gezogen werde, wenn ein anderes Schaden nehme. In ökonomischer Hinsicht herrsche Multipolarität, hier funktioniere das Checks-and-Balances-Prinzip – zumal Amerika, Europa und Ostasien punkto Wirtschaftskraft auf gleicher Augenhöhe stünden. Auf politisch-militärischer Ebene sehe das freilich ganz anders aus: Zwar seien die Amerikaner auf die Hilfe der Europäer angewiesen. Aber ohne die Amerikaner laufe gar nichts. «Sie sind als einzige weltweit militärisch handlungsfähig. Wenn man Uno-Truppen auf einen Kriegsschauplatz wie den Irak schicken würde, dann liefen das tendenziell darauf hinaus, dass die amerikanischen Soldaten einfach ihre grünen Helme gegen blaue tauschten.»

Kurzum: Ruloff glaubt, dass die Dominanz der USA auf absehbare Zeit erhalten bleibt und dass es weiterhin schwierig sein wird, multilaterale Anliegen gegen die Amerikaner durchzusetzen. Geduld sei gefragt. Grund zur Panik gebe es aber nicht, denn: «So eigennützig Amerikas Weltpolitik stets war – sie hat sich doch immer von liberalen Prinzipien leiten lassen, deren Durchsetzung letztlich der ganzen Welt eher genützt als geschadet hat.» Europa werde noch lange nicht zur ebenbürtigen politischen Kraft aufsteigen, dafür fehle es an Geschlossenheit und an militärischem Potenzial. «Die Europäer haben nach Ende des kalten Krieges geglaubt, sich sicherheitspolitisch zurücklehnen und «Friedensdividenden» einstreichen zu können. Jetzt sehen sie sich marginalisiert. Man kann eben nicht Militärabbau betreiben und zugleich machtpolitisch mitreden wollen», meint Ruloff und fügt bei: «Wenn im Lauf der Irakkriegs-Debatte eine Illusion zerbrochen ist, dann wohl diese.»

KONTAKT

Prof. Urs Bitterli, bitterli-riesen@bluewin.ch
Prof. Georg Kohler, philsem@philos.unizh.ch
Prof. Dieter Ruloff, ruloff@pw.unizh.ch
Prof. Albert Stahel, albert.stahel@freesurf.ch
Prof. Daniel Thürer, thuerer@ivr.unizh.ch



